

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Registernummer: Tagesblatt Riesa,
Genuss Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1530
Groschasse Riesa Nr. 52.

Nr. 228.

Montag, 29. September 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundstift-Zeile (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 59 mm breite Reststiftzeile 100 Gold-Pfennige; Zeitrauben und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Zeilen, Bewilligte Rabatte erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Abdrückung Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewollter Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittzsch, Riesa.

Dr. Stresemann über Außen- und Innenpolitik.

Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann hielt Sonnabend abend in einer Versammlung der Deutschen Volkspartei Berlin im Wälderpalast eine Rede, in der er etwa folgendes ausführte:

Wir treten in eine Ära der Handelsvertragsverhandlungen mit den verschiedensten Ländern ein. Es ist unrichtig, daß die deutsch-englischen Verhandlungen abgebrochen worden sind. Was sich in Berlin abspielte, waren Vorverhandlungen in engstem Kreise, denen offizielle Verhandlungen erst folgen werden. Für Deutschland wird es darauf ankommen, die Idee der Weltökonomie auf der Grundlage eines maximalen deutschen Volkswohls durchzuführen. Wesentlich schließt sich dem Aufhören der einseitigen Reichsbegünstigung auch das Aufhören anderer Begünstigungen Deutschlands an. Wenn man von uns verlangt, daß wir die Fäden für fremde Lustkäse über Deutschland freigegeben, was im Interesse einer Entwicklung dieses neuen Verkehrsnetzes wünschenswert ist, dann muß man uns auch entgegenkommen in bezug auf die Entwicklung der deutschen Flugzeuge, die heute künstlich hintangehalten worden ist. Was Deutschland auf diesem Gebiete zu leisten vermag, beweist die Großtat des neuen Zeppelin, auf die das deutsche Volk mit Stolz blickt.

Man hat uns oft anlagend gefragt, weshalb wir den Geist von Versailles so leidenschaftlich in Deutschland angreifen. Deutschland läßt das größte und erfolgreichste Zeppelin-Schiff der Welt bauen, das der Reichsheimkehrer neue Wege weist, und soll dann gezwungen werden, die Luftschiffe niederzureißen, aus denen ein solches Werk des Triumphes menschlichen Geistes und menschlicher Technik hervorgegangen ist. Das ist der Geist von Versailles, gegen den wir uns wenden, und gegen den sich mit uns die zivilisierte Welt mindestens in dieser Frage einmütig wenden sollte.

Die Völkerverbandsfrage.

Die Stellung der Mächte gegenüber Deutschland ist gekennzeichnet durch die Aufforderung, die MacDonald in seiner in der deutschen Öffentlichkeit begrüßten Rede in dem bezüglichen Eintritte Deutschlands in den Völkerverband ergaben ließ. Die Art und Weise, wie manche Blätter auf den sofortigen bedingungslosen Eintritt Deutschlands gedrängt haben, entsprach in keiner Weise den deutschen Interessen. Für die Erwägungen der deutschen Reichsregierung kam in Betracht, daß dem Völkerverband bedeutsame Aufgaben gegeben sind, die spezielle Teile des deutschen Volkes betreffen. Millionen von Deutschen sind vom Vaterlande losgerissen, leben in fremden Staaten teils unter fremder Bedrückung, teils in neugebildeten Staatswesen, auf die der Völkerverband Einfluß hat. Der Kampf für die Rechte dieser deutschen Minderheit, der Kampf für rechtliche Verhältnisse im Saargebiet, darüber hinaus aber die großen Fragen der Militärkontrolle, der allgemeinen Abrüstung, des Schiedsgerichts sind Dinge, die auch die Lebensinteressen Deutschlands betreffen. Wenn uns die Möglichkeit gegeben ist, ohne Aufgabe unserer grundsätzlichen außenpolitischen Einstellung im Völkerverband mitzuwirken, so ist die Frage, ob wir ihm beitreten, nicht eine Parteifrage, sondern eine Frage, die sich auf die Rechte der deutschen Minderheit, die Stellung der deutschen Minderheiten in den verschiedenen Staaten abwägen lassen muß. Die Zeitungsberichte von heftigen Kämpfen über diese Frage im Reichskabinett sind von Anfang bis zu Ende erfunden.

Wir waren und sind darüber, daß wir bereit sind, dem Völkerverband beizutreten, wenn uns die völlige Gleichberechtigung neben anderen Großmächten gewährleistet wird, und wenn uns nicht Bedingungen zugemutet werden, die entweder undurchführbar sind wegen der Entwaffnung des deutschen Volkes, oder die uns außenpolitische Erklärungen zuzumuten, die gegen unsere Ehre gehen. Um kein Mißverständnis über diese Auffassungen vorzukommen zu lassen, das lediglich der eingetretenen Entspannung entgegenwirken könnte, haben wir diese Auffassung in einem Memorandum niedergelegt, das dem am Völkerverbandsrat beteiligten Regierungen übergeben werden wird.

Das Ende der großen Koalition?

Der Wahlkreis Berlin der Deutschen Volkspartei hielt im Berliner Rathaus einen Parteitag ab. In der Eröffnungsrede hielt der frühere Reichswirtschaftsminister v. Raumer eine bemerkenswerte Rede. Er trat für die **Verzahnung der Deutschen mit den Völkerverbandsmitgliedern** ein. Eine starke Politik sei unmöglich, solange große und die besten Teile des Volkes, vor allem fast die ganze Landwirtschaft, in Opposition zur Regierung stehen. Der Redner suchte im übrigen zahlenmäßig nachzuweisen, daß die deutsche Wirtschaft zur Erfüllung des Dawes-Gutachtens außerstande sei, wenn nicht die gesamteuropäischen Wirtschaftsverhältnisse eine durchgreifende Veränderung erfahren. Dennoch sei es jetzt die Pflicht aller Deutschen, mit größtem Eifer und voller Ehrlichkeit an der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen zu arbeiten, bis das Ausland selbst die Notwendigkeit einer anderen Regelung erkennt. Folgende **Entscheidung** wurde angenommen: Die Vertreterversammlung begrüßt die **Erklärung des Vorstandes der Reichsstaatsaktion vom**

von deren Antwort unsere endgültige Stellungnahme abhängen wird, eine Stellungnahme, von der ich aber hoffe, daß sie zur Befreiung der Mitarbeit im Völkerverband führen wird.

In der inneren Politik steht die Frage der Regierungsbildung im Vordergrund des Interesses. Die Erklärungen der Reichsstaatsaktion der Deutschen Volkspartei kennzeichnen deren Auffassung. Wir haben mit der Idee des Bürgerblocks nichts zu tun. Ich habe mich in meiner Politik stets dagegen gewandt, daß man die großen Fragen der deutschen Politik lediglich auf den einen Namen bringt: Rechts gegen Links, daß in der deutschen Politik die Auffassungen der Mitte führend sein müssen, ergibt sich aus der ganzen Konstellation unseres politischen Lebens. Die Deutsche Volkspartei hat unter großen Opfern für die Partei in Zeiten, in denen ihr Erkenntnis zur Koalition mit der Sozialdemokratie an die Existenz der Partei ging, das Parteinteresse gegen die Notwendigkeiten hintangestellt, dieses Zusammenwirken bedingten. Sie arbeitet noch heute in Bremen und in Sachsen mit der Sozialdemokratie zusammen und wird sich nicht auf den Weg drängen lassen, dieses Zusammenarbeiten prinzipiell abzulehnen. Die Bewältigung der großen Probleme, die vor Jahresfrist vor Deutschland standen, erforderte diese Zusammenarbeit, die eine schwere Belastung für die beiden Parteien ergab, eine Belastung, bei der die Sozialdemokratie die Probe nicht bestanden hat. Dabei darf bei der gegenwärtigen Situation doch nicht verkannt werden, daß die Forderungen der deutschen nationalen Partei nicht dieselben sind wie diejenigen, die sie im ersten Triumphegefühl über den erregenen Wähler erhoben hat. Durch die Abstimmung über das Zollerhängegutachten ist jetzt zwischen einer großen Anzahl von Mitgliedern der deutschen nationalen Reichsstaatsaktion und den Regierungsparteien eine Nebermittlung erfolgt über die Notwendigkeit der Annahme des Gutachtens.

Die Tatsache, daß das Sachverständigen-Gutachten angenommen worden ist, ist die Grundlage der heutigen Außenpolitik.

Seine lokale Durchführung ist ein Erfordernis des Lebens des Reiches gegenüber den einmütigen Verpflichtungen. Stellt sich die deutsche nationale Volkspartei auf den Boden der außenpolitisch gegebenen Tatsache, so wäre es falsch, ihre Mitwirkung von den Regierungsgeschäften auszuschließen. Ich halte diese Mitwirkung für wünschenswert zur Konsolidierung der innerpolitischen Verhältnisse. Gerade wer den heutigen Staat und die Staatsform, die unbeschadet der prinzipiellen Einseitigkeit des einzelnen die Grundlage für eine gedeihliche Entwicklung des Reiches ist, hüten will, der muß wünschen, daß große Parteien nicht außerhalb der Verantwortung für den Staat stehen. Da, wo die deutsche nationale Partei in einzelnen Ländern an Staat mitwirkt, wie es z. B. in Bayern und Württemberg der Fall ist, hat die Regierungspolitik gerade in den großen außenpolitischen Entscheidungen nicht Befreiung, sondern Unterstützung erfahren. Für die Innen- und Außenpolitik ist deshalb die Mitwirkung und Mitarbeit der deutschen nationalen erproblicher, als das Einabstehen der deutschen nationalen in eine dann wohl eintretende hemmungslose Opposition.

Es ist falsch, wenn der Ministerpräsident Gerzot glaubt, uns innerpolitisch Rückschlüsse geben zu müssen und von uns verlangt, daß wir uns loslagern vom alten Deutschland.

Es kommt nicht darauf an, daß zwei Parteien in Deutschland sich gegenüberstellen, von denen die eine lediglich die Blinde zurückschubst und sich dem heutigen Staat verschließt, und die andere zur Verachtung des einst Gewesenen auffordert.

Wir wollen nicht den bewussten Gegensatz zwischen dem alten und dem neuen Deutschland. Unsere Aufgabe besteht darin, die Wege zu schlagen von der Vergangenheit zur Gegenwart, um bei dem Zusammenwirken aller wertvollen Kräfte im Reich und in den einzelnen Ländern den Weg zum Wiederaufbau zu ebnen.

25. September und tritt einmütig auf den Boden des darin aufgestellten Programms. Sie gibt der Erwartung Ausdruck, daß wie im Reich so auch in Bremen baldigst eine **Umbildung der Regierung** in der Weise vollzogen wird, daß auch die deutsche nationale Volkspartei zur verantwortlichen Mitarbeit herangezogen wird. Die Versammlung dankt den Abgeordneten im Reichstag und Landtag für ihre erfolgreiche Arbeit; sie vertraut, daß die Mitglieder der Deutschen Volkspartei im Reichskabinett bei der schwerwiegenden Entscheidung des Eintritts Deutschlands in den Völkerverband die nationalen und wirtschaftlichen Interessen unseres Volkes zu wahren wissen werden.

Eine erhebende Feier der Vaterländischen Verbände ganz Deutschlands.

• Berlin. Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands hatten die Führer und Vertreter der Verbände zu einer außerordentlichen Reichsvertretertagung nach Berlin einberufen. Diese Versammlung, die am Sonntag abend stattgefunden hat, war überaus feierlich. Der

erste Wille zur Einigkeit und zu lütlich religiöser Arbeit fand einen passenden Ausdruck auch in dem Gottesdienst in der Potsdamer Garnisonkirche am Grabe Friedrich des Großen. Bei der Feier war jeder ähner Brunt vermieden worden. Als Walter Martin vom Altar aus unserer Gefallenen gedachte, während die Orgel leise das Lied vom alten Kameraden spielte, ging tiefe Ergriffenheit durch die Versammlung. Nach dem gemeinsam gesungenen Lied: „Gatte meine Seele“, sprach Komplare Martin über Matth. 20, 28: Ich bin nicht gekommen, daß ich mir dienen lasse, sondern daß ich diene. Nach dem Vaterunser schloß die eindrucksvolle Feier mit dem gemeinsam gesungenen Lied: Ich hab mich ersehnt. Unter dem Tausenden von Ausdrücken, die in der Kirche verlauselt waren, sah man mehrere ältere und jüngere Mitglieder des Hohenloherhanses und anderer ehemals realerender Pfortenhäuser. Nach der kirchlichen Feier versammelten sich mehrere hundert Vertreter der Vaterländischen Verbände Deutschlands mit ihren Angehörigen zu einem Beisammensein, das vom Reichstagsabgeordneten Geißler geleitet wurde.

Bewertung der Militärkontrolle.

Die Richtlinien für die künftige Militärkontrolle.

• Genf. Der Völkerverbandsrat hat in seiner geheimen Sitzung vom Sonnabend einstimmig die Richtlinien für die Militärkontrolle in Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien festgelegt und sich dabei um wesentlichen den Entwurf der ständigen Militärkommission an eigen gemacht. Obgleich das Interesse für den Entwurf besonders groß in Deutschland ist, hat das Völkerverbandssekretariat diesen Bericht der Kommissionsarbeiten mitteilen lassen. Die vorgesehene Kontrolle wird sowohl in Deutschland wie auch in Österreich, Ungarn und Bulgarien nach der Beendigung der Kontrolle durch die Alliierten begonnen.

Das Verfahren wird sich folgendermaßen abspielen. Der Rat beschließt die Kontrolle. Die ständige Militärkommission bereitet sie vor. Die Kommission der Sachverständigen liefert sie aus. Die Aufsicht der ständigen Militärkommission ist dauernd. Jedes Jahr wird sie über das folgende Jahr dem Rat einen Plan vorlegen über diejenigen Untersuchungen, die die Kommission empfiehlt. Zur Militärkommission gehören die militärischen Sachverständigen der Staaten, die im Rat vertreten sind. Ein jeder Staat, der nicht Mitglied des Rates, aber Grenz Nachbar eines Staates ist, der sich ihm gegenüber durch einen Friedensvertrag gebunden hat, wird in der beratenden Kommission vertreten sein. Die Liste der Sachverständigen, die die Kontrolle vornehmen, wird vom Rat festgelegt. Je nach der Art der Untersuchung werden andere Sachverständige hinzugesetzt werden. Die Mitglieder der Kontrollkommission genießen das Vorrecht der Diplomaten. Jeder Staat, der Mitglied des Rates ist, kann dem Völkerverbandssekretariat Mitteilung über Vorgänge, die seiner Meinung nach eine Untersuchung erfordern, machen.

Bei der Ausführung der Kontrolle sind folgende Richtlinien maßgebend: Die Kontrolle erfährt sich auf ein sehr weites Gebiet. Sie bezieht sich auf alle militärischen, Luft- und Flottenfragen, auf Belegung und militärisches Budget, auf die Bestände an vorhandenen Truppen, auf das Kriegsmaterial und seine Herstellung, auf den Bau von Kriegsschiffen und die Ausbildung und den Unterhalt der Truppen für den Krieg. Die Kontrolle muß überragend für den zu kontrollierenden Staat erfolgen. Die Abnahme des Kontrollprojekts wird durch den Rat in öffentlicher Sitzung erfolgen.

Reichsverkehrsminister Dejer Generaldirektor der „Deutschen Reichsbahn“.

• Berlin. Am Sonnabend fand die erste Sitzung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft statt, an der die von der Reichsregierung ernannten Mitglieder: Geh. Kommerzienrat Arnold, Wirklicher Geheimrat von Batocki, Prof. Dr. Blum, Reichshauptmann Busch, Staatssekretär Fischer, Dr. v. Hertel, Geh. Kommerzienrat Klöckner, Generaldirektor Dr. Ott und Dr. Ing. von Siemens, die vom Reichshändler ernannten Mitglieder Sie W. Neworth, Staatssekretär a. D. Bergmann, Präsident Biancini, Verwaltungsrat Jandt, Generaldirektor Warog, General Dr. v. Müller, Eisenbahndirektionspräsident a. D. Sarré und Staatssekretär a. D. Stieler teilnahmen. Präsident Mühlmeier war am Erscheinen verhindert. Im Auftrage des Organisationskomitees der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft begrüßte das Mitglied des Organisationskomitees, Staatssekretär Vogt, die Anwesenden und teilte die Ernennungen mit, die von den anwesenden Ernennungen sämtlich angenommen wurden. Als Alterspräsident übernahm Geheimrat Arnold den Vorsitz der Versammlung, die zum Präsidenten des Verwaltungsrates einstimmig Herrn Dr. Carl Friedrich von Siemens, zum ersten Vizepräsidenten Staatssekretär Stieler und zum zweiten Vizepräsidenten Sir William Neworth wählte. Nach Erledigung weiterer geschäftlicher Formalitäten Schritt man zur Wahl des Generaldirektors. Die Wahl fiel einstimmig auf den Reichsverkehrsminister und Generaldirektor des Unternehmens „Deutsche Reichsbahn“, Herrn Dejer. Der Herr Reichspräsident hat die Wahl bestätigt. Der Sitzung gemäß wählte der Verwaltungsrat einen permanenten Aufsicht, der sich aus den Herren v. Siemens, Stieler, Neworth, Bergmann, Fischer und Arnold zusammensetzt. Die nächste Sitzung wurde auf Mittwoch, den 1. Oktober festgelegt.